

Die Grünen, die zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands eine Kanzlerin nominiert haben, sind sehr zuversichtlich, dass ihre junge, ehrgeizige, herausfordernde und leidenschaftliche Kandidatin Annalena Baerbock erfolgreich sein wird. Mit den Worten, „Ich bin hier, um Innovationen zu schaffen!“ beantwortete Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock unsere Fragen für Gazete duvar:

Frau Baerbock, Ihre Kandidatur hat bundesweit und international für Aufsehen gesorgt. Ihre Stimmenquote erreichte zunächst bis zu 20 Prozent. Jüngste Umfrageergebnisse zeigen jedoch, dass die Grünen nach dem rasanten Einstieg Punkte verlieren. Was sind Ihrer Ansicht nach die Gründe dafür? Wenn ein Fehler vorliegt, wo wurde er Ihrer Meinung nach gemacht?

Sicherlich haben wir auch Fehler gemacht, aber die Umfragen sind volatil und der Ausgang der Wahl offen. Vor allem geht es bei dieser Wahl um die Frage: Wollen wir die Politik wirklich erneuern oder gibt es ein „weiter so“ mit SPD und Union? Die Große Koalition hat in den letzten Jahren viele wichtige Entwicklungen verschlafen, hat sich weggeduckt, gezögert und gezauert. Umso beherzter müssen wir jetzt anpacken: bei der Digitalisierung und beim Klimaschutz, bei der Transformation unseres Wirtschaftsstandortes, bei der Sicherung guter Arbeitsplätze. Dafür trete ich an. Für den Status Quo stehen die anderen.

Nach der Wahl: Für welche Parteien sind Sie zur Bildung einer Koalition offen? Wenn eine unter Beteiligung der Grünen entstandene Koalitionsregierung hervorginge, was wäre Ihre "rote Linie"? Und bei welchen Themen würden Sie Kompromisse eingehen?

Welche Mehrheiten es für eine Koalitionsbildung gibt, wird sich nach der Wahl zeigen. Bis dahin kämpfen wir mit aller Kraft für unsere Ideen und Positionen. Ich halte es aber für fatal, wenn demokratische Parteien – zu denen die AfD für mich nicht gehört – nicht miteinander reden. Inhaltlich ist klar, dass die nächste Bundesregierung deutlich darauf ausgerichtet sein muss, nach all den Jahren des Abwartens das Pariser Klimaabkommen umzusetzen. Entsprechend muss der Kampf gegen die Klimakrise oberste Priorität einer Regierung unter Beteiligung der Grünen sein.

Die globale Klimakrise ist eins der zentralen Themen unserer Zeit. Dass sich das Klima verändert, war diesen Sommer mehr als augenscheinlich. Während Mitteleuropa mit Überschwemmungen zu kämpfen hatte, wurde der südliche Teil des Kontinents durch Brände schwer beschädigt. Welche neuen Lösungsvorschläge zum Klimawandel auf nationaler und globaler Ebene haben Sie?

Die dramatischen Auswirkungen der Klimakrise sehen wir in Europa und weltweit bereits heute. Wir müssen alles dafür tun, die globale Erwärmung zu begrenzen – wie wir es im Pariser Klimaabkommen vereinbart haben. Für Deutschland will ich daher als erste Amtshandlung ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen. Dazu gehört, dass wir die erneuerbaren Energien massiv ausbauen, indem wir den Windausbau beschleunigen und auf jedes neue Dach eine Solaranlage kommt. Außerdem ist klar: Ab 2030 dürfen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden. Und den Kohleausstieg müssen wir auf 2030 vorziehen. Mit anderen Worten: Wir sollten in Deutschland jetzt entschieden vorangehen, denn nur dann können wir andere mitreißen. Die Märkte der Zukunft sind klimaneutral: Klimaschutz schützt deshalb nicht nur das Klima, sondern unsere Wettbewerbsfähigkeit und gute Jobs. Gleichzeitig müssen Deutschland und Europa wieder Motor für Innovationen werden: für eine sozial-ökologische Transformation und für Technologien, die dann auch in anderen Regionen der Welt genutzt werden könnten. Auf globaler Ebene schließlich müssen

Deutschland und Europa ihr außenpolitisches Gewicht mit voller Kraft für die multilaterale Klimazusammenarbeit einsetzen und dazu beitragen, dass die nächste Weltklimakonferenz in Glasgow zum Erfolg wird. Ein Haupterfolgswort sind für mich ambitionierte Klimaziele aller großen Emittenten. Hier sollten insbesondere die EU und die USA in einer transatlantischen Klimaallianz vorangehen, sich auf eine gemeinsame Agenda für Glasgow einigen – und etwa auch China an Bord holen. Gegen die Klimakrise gibt es nun mal keinen Impfstoff, da hilft nur echte Klimaschutzpolitik.

Deutschland hat eine historische Allianz mit der Türkei. Und da das Flüchtlingsabkommen dazu kommt, schweigt Deutschland zu den Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen der Regierung Erdogan gegen Minderheiten – insbesondere Kurden –, LGBT, Frauen und Dissidenten. Welche Politik werden Sie und Ihre Partei gegenüber der Türkei in der obigen Hinsicht verfolgen?

Die Türkei und Deutschland verbindet sehr viel. Nicht zuletzt durch die gemeinsame Migrationsgeschichte sind unsere Beziehungen eng und vielfältig. Menschen, die seit den 1960er-Jahren aus der Türkei nach Westdeutschland eingewandert sind, haben unsere Gesellschaft wirtschaftlich und kulturell, sozial und politisch maßgeblich geprägt. Gerade deshalb liegt mir und meiner Partei die Lage in der Türkei so sehr am Herzen. Wir stehen an der Seite all derer, die in der Türkei für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für Gleichstellung und Menschenrechte kämpfen. Da werden wir auch als Regierungspartei nicht schweigen. Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen sowie die Rückkehr zu einem politischen Dialog- und Friedensprozess in der kurdischen Frage. Neben den systematischen Angriffen auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit erschüttert uns auch der Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen. Wir werden alles daran setzen, dass dieser Schritt wieder rückgängig gemacht wird. Weitere Gespräche über einen EU-Beitritt sind unser politisches Ziel, aber sie kann es erst geben, wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht.

Der Zustrom von Flüchtlingen aufgrund des Syrien-Krieges verursachte in Deutschland ein ernsthaftes Problem, woraus die AfD hervorging. Deutschland und die EU-Staaten haben diese Flüchtlingskrise gegen Gelder "gelöst", indem sie das Problem auf die Türkei und Griechenland verlagerten und diese Länder zu Grenzwachtern der EU machten. Nun hat eine neue Flüchtlingswelle aus Afghanistan begonnen. Wie sieht Ihre Flüchtlingspolitik aus?

Zunächst einmal gilt es anzuerkennen, dass die Türkei weit mehr Geflüchtete – vor allem aus Syrien – aufgenommen hat als die 27 Mitgliedstaaten der EU zusammen. Die EU und auch wir als Deutsche sollten diese Leistung der türkischen Gesellschaft immer vor Augen haben, wenn wir darüber sprechen, was an der Situation der Geflüchteten in der Türkei noch verbessert werden kann. Wir üben seit Jahren grundlegende Kritik an der Flüchtlingspolitik der EU. Das sogenannte Dublin-System, das dazu führt, dass Länder an den europäischen Außengrenzen die Asylverfahren durchführen müssen, wollen wir beenden und durch einen fairen Verteilmechanismus zwischen den EU-Mitgliedsstaaten ersetzen. Der bestehende „EU-Türkei-Deal“ untergräbt aus unserer Sicht internationales Asylrecht. Wir wollen, dass bei den von der EU-Kommission nun angestoßenen Verhandlungen über ein neues Abkommen mit der Türkei aus den Fehlern gelernt wird. Ein neues Abkommen muss völkerrechts- und rechtsstaatskonform nicht die Flucht bekämpfen, auch nicht die Geflüchteten – sondern die Perspektiven der Menschen verbessern. Wir wollen, dass die EU die notwendige finanzielle und logistische Unterstützung vor Ort garantiert, die Türkei bei der Aufnahme von Geflüchteten unterstützt und verbindliche Kontingenzzusagen zur Umsiedlung schutzbedürftiger

Geflüchteter in die EU macht. Im Gegenzug dürfen Geflüchtete von der türkischen Regierung nicht zum Spielball gemacht werden.

Neben dem Alltagsrassismus haben wir insbesondere aus dem NSU-Prozess und aus den Hanauer Morden erfahren, dass es hierzulande institutionellen Rassismus gibt. Doch die Rolle der Institutionen (staatliche Einrichtungen & Organisationen) wurde nicht geklärt. Wie werden Sie gegen institutionellen Rassismus vorgehen und ihn bekämpfen?

Der Staat muss Rassismus aktiv und effektiv bekämpfen können. Daher wollen wir den Schutz vor Diskriminierungen und institutionellem Rassismus ebenso wie seine Beseitigung im Grundgesetz verankern. Darüber hinaus müssen wir dafür sorgen, dass sich die Diversität der Bevölkerung stärker in staatlichen Behörden inklusive der Polizei widerspiegelt. Es braucht Studien zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden – gerade auch im Sinne der übergroßen Mehrheit von Beamtinnen und Beamten, die mit beiden Beinen fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Und wir wollen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zu einem echten Bundesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickeln, das u.a. ein Verbandsklagerecht enthält, damit gegen Diskriminierung strukturell und nachhaltig vorgegangen werden kann. Da aus unserer Sicht weder die Mordserie des rechtsterroristischen NSU noch andere rassistische und rechtsextremistische Terrorakte, etwa die Morde in Hanau, vollständig aufgearbeitet sind, wollen wir ein Archiv über rechten Terror und auf Bundesebene einen Fonds für die Opfer von rassistischer und extremistischer Gewalt einrichten.

Welche Politik werden Sie gegen EU-Mitglieder oder Nicht-EU-Länder verfolgen, die keine demokratischen Werte annehmen, LGBT-Rechte ignorieren sowie Presse- und Meinungsfreiheit ignorieren?

Jeder Staat, der der EU beitreten will, muss zuvor die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Darin sind unter anderem die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte und der Schutz von Minderheiten geregelt. Was zum Zeitpunkt des Beitritts gilt, muss aber auch in der Folge eingehalten werden. Deshalb wird fortlaufend geprüft, ob ein Staat gegen die gemeinsamen europäischen Werte und Regeln verstößt. Ist das der Fall, hat die EU mit dem Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte ein starkes Instrument, um Verstöße autoritärer Mitgliedstaaten zu sanktionieren. Bedauerlicherweise wird der Mechanismus aber nicht konsequent genug angewendet. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass aus dem jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht konkrete Maßnahmen bis hin zu Vertragsverletzungsverfahren und der Nichtauszahlung von Subventionen erfolgen können. Kommunen, Regionen und Nichtregierungsorganisationen sollten dann direkt von der EU gefördert werden. Auch gegenüber Nicht-EU-Staaten gilt es, die Verletzung etwa von Minderheitenrechten oder rechtsstaatlichen Prinzipien nicht unbeantwortet zu lassen. Wir wollen deshalb die Hebel, die der EU als größtem gemeinsamem Wirtschaftsraum der Welt zur Verfügung stehen, aktiver in diesem Sinne nutzen.

Warum sollten in Deutschland lebende Türkeistämmige Sie und die Grünen wählen? Welchen Unterschied machen Sie und Ihre Partei in Politik und Wirtschaft für deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund im Vergleich zu anderen Parteien?

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft. Es braucht eine Politik, die diese Realität anerkennt und wertschätzt. Wir wollen, dass alle Menschen, die in unserem Land leben, gleichberechtigt

teilhaben können – an Bildung, Arbeit, gesellschaftlichem Leben. Um das nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität zu erreichen, machen wir in unserem Wahlprogramm ganz konkrete Vorschläge in den unterschiedlichsten Bereichen. So wollen wir, um nur ein Beispiel zu nennen, den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung auf allen Ebenen durch verbindliche Zielvorgaben erhöhen, denn noch sind Menschen mit Migrationsgeschichte hier stark unterrepräsentiert. Nur auf Freiwilligkeit und Appelle zu setzen, wie in der Vergangenheit, hat sich nicht ausgezahlt. Politik muss hier gezielt gegensteuern. Im Bereich der Wirtschaft wiederum wollen wir unter anderem die Gründung von Unternehmen unterstützen und damit das große Potenzial an Eigeninitiative und Erfindergeist fördern. Das kommt nicht nur, aber ganz besonders Menschen mit Migrationsgeschichte zugute, weil sie einen überdurchschnittlichen Anteil derjenigen ausmachen, die ein Unternehmen gründen wollen. Unser Vorschlag ist ein Gründungskapital, das für Gründungen oder Unternehmensnachfolgen einen Einmalbetrag von bis zu 25.000 Euro sicherstellt.